BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE SCHLEICH, "SOLARPARK GEMEINDELAND" **Ensch** Flur 7 **LAGEPLAN M.: 1:1000 GEMARKUNG SCHLEICH, FLUR 1 und 6** Schleich Flur 5 Schleich Flur 1 **FOTOVOLTAIK FOTOVOLTAIK GRZ 0,5** VG max. 4% Bauhöhen Module: Gesamthöhe max. 3,50 m Höhe über Gelände min. 0,80 m Datengrundlage @GeoBasis-DE/LVermRP 02.2023 Der Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich der Textfest-Die in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Träger Die in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Träger Der Gemeinderat Schleich hat am 19.08.2020 gem. § 2 Abs. 1 BauGB Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der öffentlicher Belange, die von der Planung berührt werden, wurden setzungen hat mit der Begründung und den wesentlichen die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluss öffentlicher Belange, die von der Planung berührt werden, wurden Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Ihnen wurde mit Schreiben vom vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 (BGBI. I, S.3634), zul. geänd. Art. 2 G v. 04.01.2023 (BGBI. I 6) gem. § 4 Abs. 1 BauGB und die Nachbargemeinden gem § 2 Abs. 2 wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 20.03.2023 bis Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bek. vom 21.11.2017 06.03.2023 Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.04.2023 BauGB frühzeitig beteiligt. Ihnen wurde mit dem Schreiben vom (GVBI. I S. 3786), geä. d. Art. 3 G v 04.01.2023 (BGBI. I. Nr. 6) 23.08.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 24.09.2021 gegeben. Die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurde gleichzeitig 19.04.2023 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Planzeichenverordnung (PlanzV 90) v. 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58) mit der Planoffenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 10.03.2023 mit dem Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) i.d.F. der Bek. vom Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass Anregungen während 24.11.1998 (GVBI. S.365), zul. geänd. 07.12.2022 (GVBI. S. 403) Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.d.F. der Bek. v. der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Die in Betracht 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zul. geä. d. Art. 4 G v. 04.01.2023 kommenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden, die von der Planung berührt werden, Bundesimmissionsschutzgesetz (BlmSchG) i. d. F. der Bekanntmachung wurden über die öffentliche Auslegung, die gleichzeitig mit der vom 17.05.2013 (BGBI. I S. 1274; 2021I S. 123), zul. geänd. d. Art. 2 Absatz 1 d. G. v. 19.10.2022 (BGBl. I S. 2873). Einholung der Stellungnahmen gem, § 4 Åbs. 2 BauGB Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I, S durchgeführt wurde, unterrichtet. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 G v 08.12.2022 (BGBl. I, S.2240) Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBI 2015, S. Schleich den, 07.06.2023 283), zul. geänd. d. Art. 8 d. Gesetzes v. 26.06.2020 (GVBl. S. 287) Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung der Bek. v. 14.07.2015 (GVBI. 2015, S.127), zul. geä.. d. Art. 1 G v 08.04.2022 (GVBI. Nr. 118) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) vom 31.07.2009 Ortsbürgermeister (BGBI. I S. 2585), zul. geänd. d. Art. 1 d. G v. 04.01.2023 (GVBI. Nr. 5) 31.01.1994 (GVBI. S. 1994, 153), geänd. d. Art. 1 d. G v. 27.01.2022 Die Satzung ist am § 10 Abs. 3 ortsüblich bekannt 2. Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) Rheinland-Pfalz. i.d.F. vom Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts Der Gemeinderat Schleich hat am 11.05.2023 den gemacht worden mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan während 25.07.2005 (GVBl. S. 302), zul. geänd. d. Art. 5 d. G v. 26.06.2020 (GVBl. dieses Bebauungsplans mit dem Willen des Gemeinderates § 10 Abs. 3 BauGB angeordnet. Bebauungsplan gem. § 10 BauGB als Satzung

sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens

AUSFERTIGUNG

Ortsbürgermeister

zur Aufstellung des Bebauungsplans werden bekundet.

BESCHLOSSEN

Die Begründung wurde gebilligt.

3. Denkmalschutgesetz (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. I. S.159), zul.

5. Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien

(BGBI. I S. 1066), zul. d. Art. 6 d. G. v. 04.01.2023 (BGBI. 2023 I Nr. 6)

6. Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und

Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (PlanSiG)

vom 20.05.2020 (BGBl. I, S. 1041), zuletzt geändert d. Art. 1 d. G v.

4. Landesstraßengesetz (LStrG) i. d. F. vom 01.08.1977, zul. geänd. d.

(Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023) i.F.v. 21. 07.2014

geänd. d. Art. 4 d. G v. 28.09.2021 (BGBI.S. 543)

§84 d. G v 07.12.2022 (GVBI. S. 413)

08.12.2022 (BGBI. I, S. 2234)

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- A) Art und Maß der baulichen Nutzung, Überbaubare Grundstücksfläche (§9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 -23 BauNVO)
- Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 -15 BauNVO): 1.1 Gemäß § 11 (1) u. (2) BauNVO wird ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung zur Nutzung erneuerbarer
- Zulässig sind Anlagen, die der Nutzung erneuerbarer Energien, hier ausschließlich Sonnenenergie durch Fotovoltaik,
- 2. Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) u. (2)
- 2.1 Maß der baulichen Nutzung § 9(1)1 BauGB i.V.m. §§ 16 u. 17 BauNVO Für die Modulfläche als projizierte überbaute Fläche, einschl. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ)
- 2.2 Die überbaubare Grundstücksfläche wird gem. § 23 (1) BauGB durch Festsetzung einer Baugrenze bestimmt. Ein Vortreten von einzelnen Anlagenteilen über die Baugrenze ist gem. § 23 (3) in geringfügigem Ausmaß um bis zu
- 2.3 Für die Aufständerung der Modultische (Fundamente) und Nebenanlagen wird i.V.m. §9(1)20 BauGB eine max. Versiegelung von 4 % der Sondergebietsfläche festgesetzt.
- 2.4 Nebenanlagen nach § 14(1) i.V. mit § 23(5) BauNVO sind als untergeordnete Nebenanlagen im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Transformation, Steuerung bzw. Sicherung und Überwachung der Anlage zugelassen.
- 2.5 Die Bauhöhen werden aus Gründen des Landschaftsschutzes gem. § 9 (1)1 BauGB i. V. m. § 16(2), (4) u. 18(1) BauNVO wie folgt festgesetzt:
- Module: Höhe: maximal 3.50 m (Oberkante der Module) Höhe: minimal 0,80 m (Unterkante der Module)
- Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche lotrecht zur Modulkante in Modulmitte. Nebenanlagen (z. B. Trafo-, Wechselrichtergebäude, Anlagen für Kleintierhaltung):
- Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche in Gebäudemitte bis zur Oberkante der Attika.
- 2.6 Im Bebauungsplan werden nach § 9 (1) Nr. 11 BauGB Verkehrsflächen für das Parken von Fahrzeugen ausgewiesen.
- B) Örtliche Bauvorschriften gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 88 (1), (2) und (6) LBauO und § 9(6) BauGB
- 1. Zaunanlagen sind auch außerhalb der Baugrenzen, als Metallgitter- oder Metallgeflechtzäune mit Übersteigschutz (z.B. Maschendrahtzaun mit oberer Stacheldrahtabspannung) bis 2,50 m Höhe zulässig. Zaunanlagen und deren Unterkante sind für Kleinsäuger und Amphibien durchlässig auszuführen, um Barriereeffekte zu vermeiden. Hierzu ist ein Mindestabstand von 15 cm zur Bodenoberkante einzuhalten oder in Bodennähe eine Maschenweite von
- C) Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9(1)20 BauGB und Pflanzbindungen und Pflanzgebote gem. § 9(1)25 BauGB
- 1. Für die Befestigung von Zufahrten und Stellplätzen sind wasserdurchlässige Beläge mit Naturbaustoffen zu verwenden. Geeignet sind z. B. wassergebundene Decke, Schotterrasen, Kies. Beton- und Kunststoffprodukte werden ausgeschlossen.
- 2. Das anfallende Niederschlagswasser ist im Baugebiet dezentral an den Modulen selbst über die dauerhaft begrünte Fläche zurückzuhalten und zu versickern. Die Montage der Module ist dazu mit Tropfspalten vorzunehmen, so dass Die Rückhaltung und Versickerung ist auch während der gesamten Bauphase innerhalb des Baugebietes sicherzustellen. Baubedingte Verdichtungen sind durch tiefgehende Bodenlockerung vor der abschließenden
- Zur Vorsorge bei Starkregenereignissen sind eine oder mehrere flache, in die Grünfläche integrierte Versickerungsmulden zu berücksichtigen.
- 3. Innerhalb des Geltungsbereiches ist das Grünland dauerhaft zu unterhalten. Es erfolgt keine Neueinsaat der Fläche, lediglich Nachsaaten, um baubedingte Lücken in der Grasnarbe zu schließen. Für die Nachsaat ist eine Regiosaatgutmischung der Herkunftsregion 7 mit einem Kräuteranteil von min. 30 % zu verwenden. Die Pflege ist extensiv durch Beweidung oder Mahd, in Anlehnung an die Grundsätze des EULLa-Programms "Mähwiesen und Weiden": 2 mal jährlich mähen (1. Arbeitsgang ab dem 15.06., 2. Arbeitsgang bis spätestens 15.10.) oder Beweidung mit max, 1,2 RGV/ha. Ein Dünger- und/oder Pestizideinsatz ist unzulässig.
- 4. Bauarbeiten während der Hauptbrutzeit der Feldlerche vom 1. März bis 30. Juli sind nicht zulässig. Abweichend kann die Bauzeitenregelung im Rahmen einer Umweltbaubegleitung festgelegt werden. Dazu ist das Baufeld vor Baubeginn auf mögliche Brutvorkommen zu kontrollieren. Nach längeren Pausen der Bauarbeiten erfolgt eine erneute Kontrolle des Baufelds durch die Umweltbaubegleitung.
- 5. Es wird ein lichter Mindestabstand der Modulreihen von 3 m festgesetzt.
- 6. An den in der Planzeichnung mit LF gekennzeichneten Stellen sind Lerchenfenstern in mind. 50 m Abstand vom Waldrand anzulegen und zu unterhalten: Grasnarbe auf einer Fläche von min. 20 m² bis in eine Tiefe von 3 cm abtragen und als vegetationsarme Fläche (Brachfläche) vorhalten. Die Lerchenfenster sind von dichter Vegetation frei zu halten. Der aufkommende Pflanzenbewuchs, ist zur regelmäßigen Erneuerung der Lerchenfenster je nach Bedarf, mittels Grubber, Egge oder Bodenfräse im Zeitraum 1. September bis Ende Februar zu entfernen
- 7. In den durch Planzeichen festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind vorhandene Baumreihen zu erhalten. In der südlichen Teilfläche ist mit Stamm und Astwerk ein 5 m² großer Totholzhaufen anzulegen. In der nördlichen Teilfläche sind 3 je 5 m² große Totholzhaufen anzulegen. Als Totholz ist der Baumschnitt der entfallenen Baumreihe zu verwenden. Entsprechend der Darstellung durch Planzeichen zum Anpflanzen von Bäumen sind Obstbäume zu ergänzen und Obstbaumreihen neu anzulegen: Pflanzausführung: Hochstamm, StU 10-12, Verankerung, Verbißschutz, Anwuchs und Garantipflege 3 Jahre, Erziehungsschnitt nach 5 und 10 Jahren.
- 8. Die Anpflanzung ist mittels qualifiziertem Bepflanzungsplan im Bauantrag nachzuweisen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu entwickeln und zu erhalten. Die Pflanzmaßnahmen sind spätestens in der nach Inbetriebnahme der elektrischen Anlage unmittelbar folgenden Pflanz- und Vegetationsphase durchzuführen.

der Dauer der Dienststunden bei der Verbandsgemeindeverwaltung

Schweich, Brückenstraße 26, 54338 Schweich, Verwaltungsgebäude II,

von jedermann eingesehen werden kann und dass über den Inhalt

RECHTSVERBINDLICH

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

Auskunft zu erhalten ist.

- 1. Oberboden, der bei Veränderungen an der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB). DIN 18915 in aktueller Fassung bleibt zu beachten.
- 2. Die Direktion Landesarchäologie Trier hat mitgeteilt, dass es sich um eine archäologische Verdachtsfläche handelt. Zur archäologischen Sachverhaltsermittlung ist für die Areale, in denen Bodeneingriffe vorgesehen sind, eine geophysikalische Prospektion (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben erforderlich. Die Prospektion ist entsprechend der vorgesehenen Bebauung vom Umfang und Inhalt im Rahmen des Bauantrags mit der Generaldirektion kulturelles Erbe abzustimmen.
- 3. Landesmuseum Trier .Bei Erdarbeiten zutage kommende Funde (z.B. Mauern, Erdverfärbungen, Ziegel, Scherben, Münzen usw.) sind unverzüglich zu melden (§ 17 DSchPfIG). Die Fachbehörde der Archäologischen Denkmalpflege für die Kreise Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Bitburg -Prüm, Daun und Trier-Saarburg sowie die Stadt Trier ist das Rheinische Landesmuseum Trier, Weimarer Allee 1, 54290 Trier und jederzeit unter Telefon 0651/9774-0 oder Fax 0651/9774-222 zu erreichen.
- 4. Es ist der "Erlass zur Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren" (Rundschreiben des Ministerium der Finanzen vom 05. Februar 2002) zu berücksichtigen. Sollten bei Baumaßnahmen Abfälle (z.B. Bauschutt, Hausmüll etc.) angetroffen werden oder sich sonstige Hinweise (z.B. geruchliche/visuelle Auffälligkeiten) ergeben, ist die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft,
- 5. Vorschlagsliste für Anpflanzungen von regionalen Obstsorten und Wildobst, z. B.

Eberesche

Nancy Mirabelle

Hauszwetschge

Vogelkirsche

Mehlbeere

Winterrambour Schafsnase Weißer Trierer Rheinischer Bohnapfel Erbachhofer Mostapfel Sievenicher Mostbirne

Pleiner Mostbirne

Bodenschutz Trier umgehend zu informieren.

6. Die SGD Nord empfiehlt empfindliche Anlagen (z. B. Trafostationen) außerhalb des von einer Abflusskonzentration betroffenen Korridors (Geländemulde) aufzustellen.

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung

Sondergebiete (gem. § 1 Abs. 2 Nr. 11 BauNVO) Zweckbestimmung: Fotovoltaik

Maß der baulichen Nutzung Grundflächenzahl (projezierte überbaute Fläche Modulfläche und Nebenanlager Versiegelungsgrad in % (Fundamente und Nebenanlagen) Oberkante Modul: max. Höhe in m über der Geländeoberfläche Gesamthöhe

Nutzung VG max. 4 % Bauhöhen: Höhe über Gelände Unterkante Modul: Mindesthöhe in m über der Geländeoberfläche Höhe über Gelände min.0,80 r

Nutzungsschablone SO

Art der baulichen

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

Verkehrsflächen

Betriebsparkplätze

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Baum anpflanzen

Baum erhalten

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

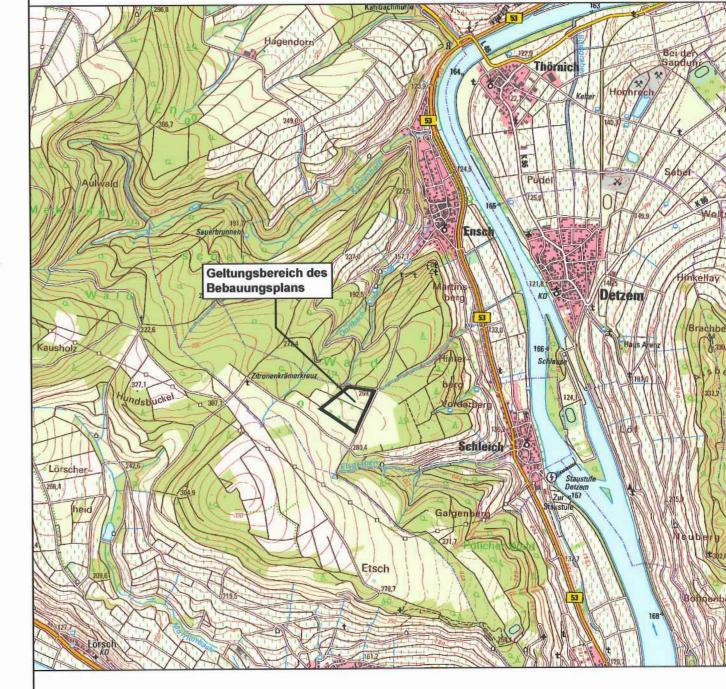
Abstand vom Waldrand

Anlage Lerchenfenster (Mindestgröße: 20 m²)

UTM-Koordinaten

Höhenlinie m ü. NN Bestand

ÜBERSICHTSLAGEPLAN M.: 1: 25000



FASSUNG ZUM SATZUNGSBESCHLUSS

BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE SCHLEICH, "SOLARPARK GEMEINDELAND"

BEARBEITUNG

BÜRO FÜR LANDESPFLEGE EGBERT SONNTAG, DIPL. ING

LANDSCHAFTSARCHITEKT BDLA MOSELSTRASSE 14, 54340 RIOL TELEFON 06502 / 99031 TELEFAX 06502 / 99032

E-MAIL INFO@SONNTAG-BFL.DE

